

03. April 2015, 16:21 Uhr

Runder Tisch der Grünen zum Radikalenerlass kommt im Mai

Stuttgart Der Runde Tisch der Grünen-Landtagsfraktion mit den Betroffenen des Radikalenerlasses will erstmals im nächsten Monat zusammenkommen.

Von unserem Korrespondenten Michael Schwarz

Über 40 Jahre ist der Radikalenerlass jetzt her: Am 28. Januar 1972 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Vorsitz des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt (SPD), dass Bewerber und Mitglieder im öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz durchleuchtet werden. Damit sollte festgestellt werden, ob eine Person verfassungstreu ist und damit die Eignung besitzt, beim Staat in Berufen wie Postbote, Verwaltungsbeamter oder Lehrer zu arbeiten. In der Folge kam es bundesweit zu rund 11 000 Berufsverboten und zu über 2000 Disziplinarverfahren.

In Baden-Württemberg gab es damals mehrere Hundert Betroffene. Mit ihnen plant die Landtagsfraktion der Grünen jetzt eine Runden Tisch. Ziel ist es, die Vergangenheit aufzuarbeiten. „Im Mai treffen wir uns zum ersten Mal“, sagt Ulrich Sckerl, parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen-Landtagsfraktion. Teile seiner Fraktion werden dann am Tisch sitzen. Ob auch andere Parteien teilnehmen, ist laut Sckerl noch unklar. Dann werde auch geprüft, ob das Thema im Parlament umfassend behandelt werden soll.



Der Grünen-Abgeordnete Uli Sckerl. Foto: Franziska Kraufmann/Archiv

Heikel

In die Schlagzeilen kam der Radikalenerlass zuletzt, weil Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) in den 70ern als angehender Referendar ein Berufsverbot drohte. Der Grünen-Politiker war als Student Mitglied im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW). 1975 teilte das Oberschulamts dem damals 27-jährigen Kretschmann kurz vor dessen Vereidigung mit, dass er nicht zum Referendariat zugelassen werden könnte, da er im Zuge des Radikalenerlasses noch überprüft werden müsse. Am Ende wurde er doch zugelassen.

Den Verfassungsschützern war es zudem ein Dorn im Auge, dass Kretschmann Anfang der 70er für kommunistisch-sozialistisch geprägte studentische Hochschulgruppen bei Wahlen antrat. Seine Vergangenheit und seine Sozialisation in linken K-Gruppen bezeichnet der Ministerpräsident rückblickend als einen „fundamentalen politischen Irrtum“.

Ganz so einfach wollen es Kretschmann die Betroffenen von damals nicht machen. Im Frühjahr 2012 wendete sich die Initiative „40 Jahre Radikalenerlass“ mit zwei Briefen an den Regierungschef. Darin steht: „Unsere Forderungen sind die Rehabilitierung und Entschädigung der Betroffenen, die Offenlegung und Vernichtung der Verfassungsschutz-Akten und das Ende der geheimdienstlichen Bespitzelung kritischer Oppositioneller.“

Kritik

Kretschmann antwortete erst im Dezember 2012. Der Ministerpräsident erklärte, er teile die Forderungen inhaltlich nicht. Fehlende Unterlagen würden eine Einzelfallprüfung nicht ermöglichen. „Natürlich gibt es noch genügend Akten. Die befinden sich im Hauptstaatsarchiv oder bei den Betroffenen selbst“, sagt hingegen Lothar Letsche, einer der beiden Sprecher der Initiative. Er glaubt, Kretschmann will das Thema wegen der Landtagswahl im März 2016 klein halten.

Sie haben Fragen? Gerne helfen wir Ihnen weiter. Schreiben Sie uns eine Mail oder rufen Sie an:

Mail zeitung@stimme.de **Telefon** 07131 615-615

